

(Leifert (CDU))

- (A) - Ich bin nicht der Vertreter der Städtetages, sondern frei gewählter Abgeordneter in diesem Hause und sage meine Meinung!

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Das, was seit Jahren mit der Finanzkraft des Landes und damit mit der Finanzkraft der Gemeinden getrieben wird, das schlägt bis in jede Gemeinde durch, das schlägt durch auch bis in die finanziell bestgeführte Gemeinde, das schlägt durch auf Investitionen im Baubereich, im Abwasserbereich, bei den Schulen, das schlägt durch bei den freiwilligen Leistungen für die Kindergärten, das schlägt durch bei der Förderung der sozial Schwachen, der Jugendlichen, der Familien-erholung und der Altenhilfe, das schlägt durch auf die freiwilligen Leistungen an die Sportvereine. Sie haben sich im Landeshaushalt bemüht, hier zusätzliche Milliönchen zur Förderung von Investitionen im Sportbereich locker zu machen.

(Frau Friebe (SPD): 16 Millionen!)

Auf der anderen Seite zwingen Sie zig Gemeinden, freiwillige Leistungen an die Sportvereine zu kürzen. Dies ist ein Teufelskreis, aus dem Sie nicht herauskommen, weil Sie die Sicherung der finanziellen Grundlagen dieses Landes nicht beachtet haben.

- (B) Meine Damen und Herren von der SPD, Sie sind nicht bereit, aber vor allen Dingen politisch nicht in der Lage, politische Einsparungen in anderen Fachbereichen vorzunehmen; dabei geht es nicht um 10-Millionen-Beträge. Statt dessen versuchen Sie, meine verehrten Damen und Herren der Regierung und der Mehrheitsfraktion, sich mit ständigen Schuldzuweisungen an den Bund zu exkulpieren. Das tun Sie trotz der Gewerbesteuergarantie des Bundeskanzlers und dessen Aussage, bei eventuellem Wegfall der Gewerbesteuer in anderen Legislaturperioden einen tragfähigen, vollen Ersatz mit eigener Hebesatzkraft der Gemeinden zu erhalten. Und auf das Wort des Bundeskanzlers ist Verlaß!

(Beifall bei der CDU)

Er hat die Richtlinienkompetenz, und der Ministerpräsident dieses Landes hätte sie besser auch!

(Erneuter Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Sie weisen auf den Bund hin und lasten ihm Verschulden an - trotz Wirtschaftswachstum,

trotz steigender Wirtschaftskraft im Bund, trotz steigender Steuereinnahmen, trotz niedrigster Zinsen, trotz einer Inflationsrate gleich Null, trotz Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer bei den Ländern und trotz Kindergeld-Milliarde! Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, Sie, aber vor allen Dingen der Herr Ministerpräsident, hätten aufgrund dieser Tatsachen Anlaß genug, eine Dankwallfahrt nach Bonn zu veranstalten - zum Bundeskanzleramt!

(Lachen und Zurufe von der SPD - Heiterkeit bei der CDU - Unruhe)

Meine Damen und Herren, Sie wählen aber den einfachsten Weg. Nach dem Motto "Den letzten beißen die Hunde" überwälzen Sie Ihre Belastungen und Ihren fehlenden Willen zu sparen auf die Gemeinden. Sie sollten sich endlich aufraffen, eigene Beiträge zum Sparkonzept und eigene Beiträge zur Stärkung der Finanzkraft dieses Landes zu leisten.

Meine verehrten Herren von der Regierungsbank und Herr Ministerpräsident, geben Sie endlich zu, daß Sie in acht Jahren die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen systematisch zerstört haben. Geben Sie zu, daß Sie eine Konsolidierung ausschließlich auf dem Rücken der Gemeinden und Gemeindeverbände betreiben. Geben Sie zu, daß Ihr Versagen zu Steuererhöhungen vor Ort, zur Verschlechterung der Lebensqualität vor Ort geführt hat. Dieses Stück Einsicht und Ehrlichkeit wäre notwendig, muß im Interesse der Bürger dieses Landes verlangt werden. Dieses Stück Einsicht wäre aber auch wirksamer, als daß - ich bin hier sehr vorsichtig -, wenn man Pressemitteilungen glauben soll, im Januar nächsten Jahres ein schwarzrotgoldener Heißluftballon mit dem Namen Johannes zu Werbezwecken steigen soll.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ist die Beratung zu diesem Thema geschlossen.

Ich rufe nun den Beratungsblock 2 auf:

Stellenpläne

Ich eröffne die Beratung.

Das Wort hat Herr Abg. Dautzenberg von der Fraktion der CDU.

(A) Dautzenberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des Haushalts- und Finanzausschusses erstatte ich hier Bericht über die Beratungen. Sehen Sie es mir nach, wenn ich in einzelnen Bereichen auch die persönliche Meinung darstelle. Ich meine, daß der Vorsitzende einer Arbeitsgruppe auch das Recht haben sollte, einzelne Punkte auch aus der persönlichen Sicht darzustellen.

Meine Damen und Herren, bei der Betrachtung des Gesamthaushaltes 1987, der uns von der Landesregierung vorgelegt wurde, ergibt sich, daß der Personalhaushalt einen Anteil von rund 40 % hat. Gegenüber dem Vorjahr steigen die Personalausgaben um 4,1 %, obwohl das Personal-Soll gleichzeitig sinkt. Bereits anhand dieser Zahlen läßt sich verdeutlichen, daß wir, sofern wir den Gesamthaushalt konsolidieren wollen, nicht um eine Senkung der Personalausgaben herumkommen. Wir haben in diesem Bereich mit 40 % des Haushaltsvolumens eine Schallgrenze erreicht, besonders unter Berücksichtigung der desolaten Finanzsituation des Landes.

Wenn man es von der rein fiskalischen Seite betrachtet, könnte man sagen, daß man einfach nur weniger Personal zu beschäftigen braucht, damit die Personalausgabenquote sinkt. Daß es weder im öffentlichen Dienst noch in der privaten Wirtschaft so einfach ist, ist uns, glaube ich, allen bekannt. So bleibt nur die Möglichkeit, nach anderen Konzepten zu suchen, mit denen man die gestellten Aufgaben und zusätzlich auf das Land zukommende Aufgaben - gemeint sind hier vor allen Dingen die Pflichtaufgaben - durch Umsetzungen, aber auch durch einen weiterhin sich vollziehenden Stellenabbau erreichen könnte.

Meine Damen und Herren, dies war auch der Einstieg der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne". Es erschien uns wichtig und wesentlich, die Landesregierung zu bitten, im Blick auf 1987 eine aufgabenkritische Überprüfung des Personalaufwandes mit dem längerfristigen Ziel eines strukturellen Stellenabbaus vorzunehmen. Warum ein struktureller Stellenabbau erforderlich ist, ist, glaube ich, deutlich geworden: 40 % des Haushaltes sind durch Personal gebunden.

Nach Meinung der CDU-Fraktion sollte ein unbedingt zu erreichendes Ergebnis dieser Untersuchung auch sein, daß u. a. die zur Zeit noch im Haushaltsgesetz verankerte halbjährige Besetzungssperre entfallen kann. Bei realistischer Betrachtung dieser Besetzungssperre ergibt sich, daß sie zwar ca.

80 Millionen DM an Ertrag für den Finanzminister im Jahr erbringt, jedoch gleichzeitig die Personalhaushaltsführung erschwert und lähmt.

Außerdem ist die Besetzungssperre aus der Sicht der CDU-Fraktion unlogisch. Entweder sind im Haushalt Stellen ausgewiesen, die man zur Erledigung der Aufgaben auch tatsächlich braucht und benötigt - dann kann ich auch nicht vorübergehend auf die Besetzung verzichten -, oder es sind im Haushalt nach wie vor noch zu viele Stellen veranschlagt, so daß ich immer wieder wechselweise auf die Besetzung dieser oder jener Stelle verzichten kann. Meiner Meinung nach handelt es sich bei dieser Methode um eine absolut unkritische Einsparungsmethode, die es dem Zufall überläßt, ob eine hochkarätige oder eine weiter unten angesiedelte Stelle jeweils gesperrt wird und damit Geld in die Kasse bringt.

Obwohl auch die SPD-Fraktion und die F.D.P.-Fraktion diese Methode als Zufallsmethode ansehen und letztendlich nicht bejahen, haben sie sich dem Wunsch der CDU-Fraktion verschlossen, die mögliche Aufhebung der Besetzungssperre schon in die Bitte um aufgabenkritische Überprüfung des Stellenbestandes aufzunehmen.

Auf ein einstimmiges Anliegen aller Fraktionen geht aber die Aufforderung an die Landesregierung zurück, den vorhandenen Bestand an zu erledigenden Aufgaben zu messen und in den kritischen Fällen eventuell einen Abbau beim Personalbestand vorzunehmen. Wir erwarten, daß wir hier rechtzeitig zum Haushalt 1988 bereits erste Zwischenergebnisse vorliegen haben werden. Meine Damen und Herren, dies ist eine Führungsaufgabe der Landesregierung, die bisher nicht erfüllt wurde.

Einer besonderen Betrachtung beim Personalhaushalt bedürfen sicherlich die Stellen für Auszubildende und die Stellen für Schwerbehinderte. Bei den Stellen für Auszubildende mußte bedauerlicherweise festgestellt werden, daß die Anstrengungen der letzten Jahre, auch im Landesbereich eine Ausbildung über den eigenen Bedarf hinaus zu praktizieren, offensichtlich an die Grenze der Leistungsfähigkeit der Ressorts geführt haben.

So war es nur bei einem einzigen Ressort, nämlich dem Wirtschaftsminister, möglich, die Zahl der Stellen für Auszubildende zu erhöhen. Aber auch wenn die Zahl der Ausbildungsplätze von 1981 mit 8 500 auf jetzt ca. 10 500 Ausbildungsplätze gestiegen ist, bleibt es meines Erachtens dabei, daß wir alles tun

(C)

(D)

(Dautzenberg (CDU))

- (A) müssen, um weitere Ausbildungsplätze zu schaffen. Ich appelliere insoweit an die Landesregierung.

Meine Damen und Herren, ich komme dann zum Bereich der Schwerbehinderten im Landesdienst. Hier bin ich der Meinung, daß wir mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen müssen, daß die gesetzlich verankerte Mindestbeschäftigungsquote von 6 % Schwerbehinderten keine leere Formel bleiben darf. Zur Zeit erreichen wir allerdings im Landesdienst nur 5,36 % und müssen daher eine Ausgleichsabgabe in Höhe von 2,1 Millionen DM zahlen.

Die Arbeitsgruppe hat deshalb die Landesregierung um konkrete Vorschläge gebeten, die zu einer Durchsetzung der im Schwerbehindertengesetz vorgesehenen Mindestbeschäftigungsquote von Schwerbehinderten im Landesdienst führen. Um es klar zu sagen: Wir erwarten, daß sich die Landesregierung nicht nur auf Appelle beschränkt, sondern konkrete Vorschläge zur Durchsetzung vorlegt. Auch hier sind wir auf die weiteren Reaktionen der Landesregierung gespannt.

Im übrigen erschien es der Arbeitsgruppe wichtig, daß im Zusammenhang mit der Aufgabenkritik einzelne Bereiche einer besonderen strukturellen Betrachtung bedürfen. Dazu gehören unserer Meinung nach die Bereiche Polizei, Gebietsrechenzentren, Bedienstete in den Schulen und Hochschulen, die Verwaltung für Agrarordnung und die Gewerbeaufsicht.

- (B) Hier sollten unabhängig von der insgesamt durchzuführenden aufgabenkritischen Betrachtung des Personalbestandes regelrechte Strukturkonzepte entwickelt werden, die der Arbeitsgruppe bis Ende Mai 1987 vorliegen, damit wir in die Lage versetzt werden, außerhalb der zeitlichen Zwänge der Haushaltsberatungen hierüber als Arbeitsgruppe zu beraten. Dies sollte die Landesregierung auch als ihre Führungsaufgabe verstehen, die sie nun in diesem Bereich auch endlich wahrnehmen sollte.

Auch dies sehen wir unter dem Aspekt, daß man vernünftige Personalpolitik eigentlich nur dann betreiben kann, wenn man ein vernünftiges Strukturkonzept hat. Seien wir ehrlich, meine Damen und Herren: Es nützt uns nichts, mit der Rasenmähermethode, wie das vollzogen worden ist, auch noch weiterhin vorzugehen.

Jede Einsparung auf der Grundlage des bisher von der Landesregierung betriebenen linearen Personalabbaus war eine rein zufällige Einsparung. Diese Zufälligkeit ergab sich dadurch, daß in dem einem oder anderen

Bereich gerade zur Zeit der Haushaltsberatungen eine Stelle frei war, die unter das Fallbeil der jährlich zu erbringenden Einsparungsquote fallen und damit auch eingespart werden konnte.

Unter anderem ist es im Polizeibereich nach eigenen Aussagen des Innenministers hierbei zu falschen Entwicklungen gekommen. Zum Beispiel wurden Stellen für den Schreibdienst eingespart, so daß sich heute qualifiziertes Fachpersonal - nämlich Polizeivollzugsbedienstete - mit Schreibdiensttätigkeiten herumplagen muß. Hier erwarten wir von der Landesregierung Lösungsvorschläge für die Zukunft.

Bei der Diskussion der Einzelpläne unterscheiden sich sehr schnell die unproblematischen und die problematischen Einzelpläne. Mit "unproblematisch" will ich hier einmal auch die Einzelpläne bezeichnen, bei denen CDU und F.D.P. zwar durchaus anderer Meinung als die SPD-Fraktion waren und dies auch in vielen Anträgen, die Sie in der Anlage zur Drucksache 10/1435 finden, ausgedrückt haben. Hierzu gehörten zum Beispiel die Anträge zur Ausbringung von Umwandlungsvermerken an Planstellen der Besoldungsgruppen A 16 und B 2 in der Staatskanzlei, entsprechend dem Votum des Landesrechnungshofes auch die Ausbringung von kw-Vermerken an einer Planstelle der Besoldungsgruppe B 7 - das ist Abteilungsleiter - beziehungsweise B 4 - das ist Gruppenleiter - im Bereich des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie die Ausbringung eines kw-Vermerks an einer B-7-Stelle, auch wiederum Abteilungsleiterstelle, beim Minister für Bundesangelegenheiten.

Leider stieß auch der Vorstoß der CDU-Fraktion auf Ablehnung bei der Regierungsfraktion, durch einen neuen Absatz 11 zu § 7 des Haushaltsgesetzes den Finanzminister zu ermächtigen, mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses Planstellen für Beamte der Laufbahngruppe des mittleren Polizeivollzugsdienstes zu heben, wenn die durch Verordnung der Bundesregierung vom 23. Dezember 1971 für diese Laufbahngruppe festgesetzten Obergrenzen für die Anteile der Beförderungssämter geändert werden.

Hierzu, meine Damen und Herren, haben wir einen neueren Status aufgrund einer Erklärung des Sprechers der SPD-Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuß nach Abschluß dieser Stellenplanberatungen: daß sich die SPD vorbehalte, diesen Tatbestand nochmals mit in die dritte Lesung einzubeziehen. Ich hoffe, daß innerhalb der dritten Lesung dann auch die SPD-Fraktion diesem Vorschlag der

(Dautzenberg (CDU))

- (A) CDU-Fraktion folgen wird, weil es ja in Bonn wohl schon fast entscheidungsreif ist, diese Stellenobergrenzenverordnung zu ändern.

Problematisch wurde es hingegen für uns in Einzelplänen, bei denen unserer Meinung nach eine andere Marschrichtung eingeschlagen werden sollte. Dazu gehörte für die CDU-Fraktion im Verlaufe der Diskussion in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" unter anderem der Einzelplan des Justizministers. Aufgrund der Einlassungen der Berufsverbände, die wir bei Beginn unserer Beratungen in der Arbeitsgruppe gehört haben, und aufgrund der eigenen Berechnungen des Ressorts war die CDU-Fraktion der Auffassung, daß hier wegen des erheblichen Personalbedarfs zumindest ein Zeichen für die nachgeordneten Bereiche gesetzt werden mußte.

Dieses Zeichen sollte nach Meinung der CDU-Fraktion so aussehen, daß dem Justizbereich vier Stellen zugewiesen werden sollten, davon zwei für den richterlichen Dienst und zwei für die sozialen Dienste. Die SPD-Fraktion verschloß sich diesem Antrag.

Meine Damen und Herren, damit käme ich schon zu dem nächsten Problembereich, dem Personalhaushalt des Kultusministers. Um es noch einmal in Erinnerung zu bringen: Die CDU-Fraktion hatte hier im vergangenen Jahr bereits darauf hingewiesen, daß ihrer Meinung nach zur Erhaltung eines jungen Lehrkörpers ein sogenannter Einstellungskorridor geschaffen werden müsse. Diesem Vorschlag hatte sich die SPD-Fraktion verschlossen.

(B)

Bei Betrachtung des diesjährigen Haushalts und Personalhaushalts 05 - Kultusminister - müssen wir jedoch feststellen, daß in der Auswirkung der von der SPD beschlossenen Änderung des Haushaltsgesetzes faktisch doch so etwas wie ein Einstellungskorridor entstanden ist. Auf der Grundlage der Teilzeitbeurlaubungen nach den Vorschriften des § 78 b des Landesbeamtengesetzes können im Kultusbereich auch Stellen, die mit einem Wegfall-Vermerk, also einem kw-Vermerk, versehen sind, erneut in Anspruch genommen und - das ist das neue, meine Damen und Herren - sogar in andere Kapitel verlagert werden.

In der Praxis bedeutet das folgendes: Zunächst einmal werden die Stellenanteile von solchen Lehrerstellen zusammengesammelt, auf denen sich jemand für einige Stunden entsprechend dem Landesbeamtengesetz beurlauben läßt. Das können Lehrer an einer Hauptschule sein. Anschließend können nach den Vorschriften des Haushaltsgesetzes diese

Stellen zum Beispiel in den Bereich der Sonderschule verlagert und dort neu besetzt werden.

(C)

Diese Versetzungen und Umschichtungen, die sich hier vollzogen haben, finden Sie aber im Haushalt des Kultusministers in keiner Weise wieder. Wenn Sie den Haushaltsplanentwurf 1987 aufschlagen, dann sind alle Stellen nach wie vor dort veranschlagt, wo sie dem Ursprung nach waren, und nicht dort, wo sie zur Zeit sind. Das soll sich laut Aussage des Ressorts jedoch bei der Drucklegung des kompletten Haushalts 1987 ändern.

Wenn Sie mich fragen, dann muß ich sagen: Die SPD-Fraktion hat hier einen etwas mühsamen Weg beschritten. Der Weg der CDU-Fraktion, jährlich mit klaren Zahlen, die auch für die Lehramtskandidaten aussagefähig gewesen wären, Einstellungsmöglichkeiten zu eröffnen, wäre meiner Meinung nach noch immer der bessere Weg gewesen. So machen wir einen Einstellungskorridor quasi durch die Hintertür, und die schwierigen Vorschriften des Haushaltsgesetzes in § 7 a Absatz 3, die für 1987 durch einstimmigen Beschluß aller Fraktionen geändert werden sollen, vereinfachen das Verfahren nicht, weder für das Ressort noch für die Bewerber.

Wir hoffen daher, daß wir auch hier wie bei den übrigen eingangs genannten Bereichen noch im Laufe des Jahres 1988 gemeinsam einen strukturellen Neuanfang finden werden, da wir gerade auch in diesem Bereich der Lehrerstellen im Jahre 1995 noch immer ca. 15 000 kw-Stellen haben werden.

(D)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich die haushaltsrechtliche Struktur und die Bedeutung eines solchen kw-Vermerks vor Augen führen, dann heißt das doch, daß ein Vermerk nur dann ausgebracht werden sollte, wenn auch in einem realistischen Zeitablauf mit dem Wegfall dieser Stelle zu rechnen ist. Wenn Sie aber feststellen, daß wir bei der weiteren Entwicklung des Stellenbedarfes und der Entwicklung der kw-Vermerke sowie bei den jetzigen Schüler-Lehrerstellen-Relationen im Lehrerbereich im Jahr 1995 noch immer 15 000 nicht realisierte kw-Vermerke haben werden, dann ist doch hier die Forderung wirklich berechtigt, von der Landesregierung und insbesondere vom Kultusressort eine Konzeption zu bekommen, wie dieser Mißstand mittel- und langfristig abgeändert und vor allen Dingen gelöst werden kann.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, erwarten Sie, daß ich in die Reihe der problematischen Einzelpläne auch den Einzelplan des Wissenschaftsministers einreihe. Wir haben

(Fautzenberg (CDU))

- (A) hier vor allen Dingen auch im Ministerium selbst ein gutes Straffungspotential vorgeschlagen, das sich auf eine komplette Abteilung und, damit verbunden, auch auf die jeweilige Abteilungsleiterposition wie auf die Gruppenleiterfunktionen bezieht. Durch eine Selbstbindung des Ministers haben wir, was das Straffungspotential des Ressorts anbelangt, diese Problemlage vorerst zurückgestellt. Diese Selbstbindung ist vom Wissenschaftsminister einmal für die B 7-Stelle bis zum 1. April 1987 und für die B 4-Stelle bis zum 1. Juni 1988 ausgesprochen worden. Er hat sich einer Selbstbindung unterzogen, eine Besetzung bis zu den genannten Terminen nicht stattfinden zu lassen.

Die wesentlichen Veränderungen zum Haushalt des Ministers für Wissenschaft und Forschung kamen naturgemäß vom Ausschuß. Sie wurden von der Arbeitsgruppe mit nahezu gleichen Abstimmungsergebnissen und identischen Ergebnissen übernommen.

An einem Punkt kam es jedoch zu einer kontroversen Diskussion in der Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung. Sie betraf - wie schon häufiger in diesem Hohen Hause - den Bereich des Klinikums Aachen. Noch während der laufenden Haushaltsberatungen hatte sich die Arbeitsgruppe mit Stellennachforderungen für das Klinikum Aachen zu beschäftigen. So wurden hier 38 Stellen für Angestellte und Arbeiter und fünf Professorenstellen, die bereits im Haushalt 1986 bewilligt, aber qualifiziert gesperrt waren, entsperrt, so daß sie dem Klinikum zur Besetzung zur Verfügung standen. Für 1987 wurden durch den Fachausschuß nunmehr über den vorliegenden Haushaltsplanentwurf 1987 hinaus weitere Stellen für das Klinikum Aachen gefordert, und zwar 79 Stellen für Angestellte und Arbeiter für verschiedene Dienste. Die Dienste reichen vom klinikpflegerischen Dienst bis zum Verwaltungsdienst.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen noch einmal ins Gedächtnis rufen: Es gab einen Entwurf 1987, eine erste Ergänzung und eine zweite Ergänzung. Weder im Entwurf noch in der ersten noch in der zweiten Ergänzung zum Haushalt 1987 hat die Landesregierung es für erforderlich erachtet, die hier in Frage stehenden 79 Stellen für das klinische und sonstige Personal für das Klinikum Aachen in den Haushalt einzustellen.

Ich frage mich daher: Welche höheren Erkenntnisse hat es gegeben, diese 79 Stellen seitens des Parlaments in den Haushalt einzustellen? Die Diskussion in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"

verlief insoweit zwischen Fachressort und Finanzminister kontrovers. Während der Finanzminister darauf hinwies, daß aus seiner Sicht eine Bewilligung dieser 79 Stellen erst dann erforderlich sei, wenn der zur Zeit gesteckte Gesamtstellenrahmen zuzüglich des noch ausstehenden technischen Gutachtens insgesamt betrachtet worden sei, verwies das Fachressort auf die Notwendigkeit der 79 Stellen für den klinischen und pflegerischen Bereich.

In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses bestätigte der Finanzminister seine Auffassung erneut. Zusätzlich mußte eingeräumt werden, daß beim Klinikum Aachen zur Zeit - jetzt hören Sie gut zu; das wäre vielleicht auch eine Frage an die Gleichstellungsbeauftragte - eine 30%ige Fluktuation besteht. Die Erklärung des Fachressorts hierzu - jetzt hören Sie auch zu, was der Wissenschaftsminister gesagt hat - : Die Fluktuation ist so groß, weil dort erstens so viele Frauen beschäftigt sind und zweitens das vorhandene Personal überlastet ist.

Das vermochte uns hier wirklich nicht zu überzeugen. Es lag zumindest der Verdacht nahe, daß offensichtliche organisatorische Mängel durch immer neue Stellenzuweisungen geheilt werden sollen. Letztlich bekommt man aber durch neue Zuweisungen von Stellen nicht die Organisation in den Griff. Ich finde, hier muß etwas anderes getan werden, als mit immer neuen Stellen bestehende Löcher zu stopfen.

Da auch die SPD-Fraktion den Bedarf für eine sofortige Besetzung aller Stellen bei den Stellen des Verwaltungsdienstes, des Wachdienstes und weiterer Dienste nicht in Gänze einsah, hat sie im Verlauf der Beratungen vorgeschlagen, von diesen 79 einzurichtenden Stellen 16 mit qualifiziertem Haushaltsvermerk zu sperren. Da dieser Vorschlag aus der Sicht von F.D.P. und CDU eine Minimallösung darstellt, wurde er einstimmig akzeptiert. Ich gehe jedoch davon aus, daß bei der strukturellen Betrachtung der Hochschulen im Frühjahr auch die medizinischen Einrichtungen der Hochschulen einbezogen werden und wir dann etwas Näheres aus dem Klinikum Aachen erfahren können.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir eine Bemerkung gerade im Zusammenhang mit dem Vollzug dieser Stellenanforderungen. Hier hatten wir unterschiedliche Auffassungen zweier Ressorts, nämlich des Wissenschaftsministers und des Finanzministers. Ich glaube, wir als Arbeitsgruppe des Haushalts- und Finanzausschusses können erwarten, daß die Landesregierung, was Stellen anbelangt,

(Dautzenberg (CDU))

- (A) in diesem Bereich mit einer Stimme spricht und wir uns in der Arbeitsgruppe nicht auch noch damit befassen müssen, die unterschiedlichen Meinungen der Fachressorts miteinander in Einklang zu bringen. Hier ist wiederum die Führungsaufgabe der Landesregierung und vor allen Dingen des Finanzministers verlangt. Wir könnten uns viel Zeit sparen, wenn dies innerhalb der Ressorts schon abgestimmt wäre.

Problematisch im Haushalt 1987 erschien CDU und F.D.P. auch die Einrichtung eines Institutes für Arbeit und Technik im Bereich des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales - problematisch vor allen Dingen deswegen, weil die Stellen zwar eingerichtet werden sollten, man aber noch nicht wußte, wo dieses Institut eigentlich angesiedelt werden soll. Aus der Sicht der Oppositionsfractionen war deswegen noch keine Etatreife für dieses Institut gegeben. Zumindest sollten diese Stellen mit einem qualifizierten Sperrvermerk versehen werden. Auch dies hat die Regierungsfraction abgelehnt. Es bleibt daher nur festzustellen, daß wir gespannt sind, ob dieses Institut noch 1988 seine Arbeit aufnehmen und ob sich seine Arbeit positiv auf unser Land auswirken wird.

- (B) Damit, meine Damen und Herren, bin ich bei dem letzten Bereich, den ich heute hier ansprechen möchte, beim Umweltbereich, der bereits bei der Einführung zum Haushalt 1987 als struktureller Schwerpunkt der Landesregierung genannt worden ist. Zum strukturellen Schwerpunkt der Diskussion wurde der Finanzplan des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft denn auch im Verlaufe der Beratungen des Haushaltsentwurfs 1987.

Dies war sicherlich im Zusammenhang mit den Chemieunglücken der verschiedenen Konzerne am Rhein zu sehen. So wurden für den Bereich des Landesamtes für Wasser und Abfall - das ist ja der potentielle Mitarbeiter solcher Chemieunglücke - zunächst acht zusätzliche Stellen eingerichtet, die allerdings noch zur Untersuchung und Beurteilung altlastenverdächtiger Flächen zur Unterstützung der Kommunen vorgesehen waren. Erst in der Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung wurden dann von der SPD-Fraction weitere 20 Stellen für eine sogenannte Rheinpolizei beantragt.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sind uns alle einig: Wir verurteilen alle die Chemieunfälle und die Vertuschungen, die seitens der Konzerne im Zusammenhang mit den Chemieunfällen teilweise erfolgt sind. Wir

alle sind dafür, daß es jemanden gibt, der zumindest in Nordrhein-Westfalen gewährleistet, daß wir bei Schadstofferkennung und Schadstofffeststellung schneller am Ball sind. Gerade beim Wasser handelt es sich ja um eine Landesaufgabe. Dieses Problem steht hier, glaube ich, gar nicht zur Debatte. Darin sollten wir uns einig sein. Dies war auch der Grund, warum die Oppositionsfractionen dem Antrag der SPD-Fraction letztlich zugestimmt haben.

(Wendzinski (SPD): Sehr lobenswert!)

Ich finde jedoch, meine Damen und Herren, es geht sehr wohl um die Frage, ob hier - quasi als ungezielter Schuß - mal etwas eingerichtet werden soll, wovon man noch nicht weiß, ob es in dieser Form funktionieren wird.

(Dr. Linssen (CDU): Die Konzepte fehlen!)

Im Klartext meine ich: Die Einrichtung dieser 20 Stellen erfolgt in einem Bereich, in dem es um Nachsorge geht, wo es darum geht, Schädigungen festzustellen, wo es aber erforderlich wäre, Schädigungen zu verhindern, nämlich Vorsorge zu betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Offensichtlich war sich auch die SPD-Fraction über diesen Punkt nicht ganz sicher. Sie erklärte sich damit einverstanden, die einzurichtenden Stellen mit einem qualifizierten Sperrvermerk zu versehen.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wendzinski zu?

(Dautzenberg (CDU): Ja, gern!)

- Bitte schön!

Wendzinski (SPD): Herr Kollege Dautzenberg, ist Ihnen denn entgangen, daß die SPD-Landtagsfraction auch eine Verstärkung des Personals bei der Gewerbeaufsicht beantragt hat - der Sie hoffentlich ebenfalls zustimmen -, um gerade Vorsorgepolitik zu betreiben?

Dautzenberg (CDU): Herr Kollege Wendzinski, ich dachte, wir wären in den Beratungen schon weiter. Ich trage hier noch teilweise kontroverse Punkte vor. Dieses sind alles Bereiche, die einstimmig beschlossen wurden, daß sich das bei der Gewerbeaufsicht vollzieht. Da waren wir im Grunde schon viel weiter, als Sie es jetzt von der Diskussion her wiederum haben wollen.

(C)

(D)

(Dautzenberg (CDU))

- (A) Ein weiterer wesentlicher Punkt im Bereich des Umweltministers war natürlich auch die Verwaltung für Agrarordnung. Ich glaube, auch hier sind wir alle der Meinung, daß die Verwaltung für Agrarordnung im Sinne einer ordnungsgemäßen Arbeit zunächst einmal zur Ruhe kommen muß. Allerdings sind wir nicht der Meinung, daß dies mit dem zur Zeit vorhandenen Stellenbestand und mit einer Servicefunktion im Sinne von freiwilligen Aufgaben geschehen muß.

Die Arbeitsgruppe hatte daher den Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft gebeten, im Wege der Selbstbindung zu erklären, daß er bis zur Vorlage eines neuen strukturellen Konzepts für die Verwaltung für Agrarordnung alle freierwerbenden Stellen bis zum Haushalt 1988 nicht wiederbesetzen werde. Leider hat sich der Minister zu einer Selbstbindung in dieser Form nicht bereit erklären können.

Im Verlauf der Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung hat er vielmehr lediglich für zwei Fünftel aller freierwerbenden und freien Stellen seine Bereitschaft zur Nichtwiederbesetzung erklärt. Wir sehen dies als eine Minimallösung an und gehen davon aus, daß das künftige strukturelle Konzept des Amtes für Agrarordnung nicht nur freiwillige Aufgaben oder Servicefunktionen für andere enthalten wird, sondern tatsächlich strukturell erforderliche Aufgaben, die im Grunde eine gesetzliche Aufgabe des Landes darstellen.

(B)

Meine Damen und Herren, dies war eine auszugsweise Darstellung der arbeitsintensiven Sitzungen der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des Haushalts- und Finanzausschusses. Mit der Drucksache 10/1435 liegt Ihnen die Beschlußempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses vor, worin auch der Personalhaushalt enthalten ist.

Für unsere zukünftige und weitere Arbeit muß die Landesregierung zuerst ihre Führungsfunktion für die personalstrukturellen Probleme wahrnehmen, ehe wir dann zu Beginn des kommenden Jahres in dieser Arbeitsgruppe ihre Vorlagen weiter beraten werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Trinius von der Fraktion der SPD das Wort.

Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war nicht vorgesehen, daß es eine Aussprache zu dem Bericht geben sollte,

(Maedje (SPD): Aha!)

den der Vorsitzende der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", Herr Kollege Dautzenberg, hier vorgetragen hat. Aber dieser Bericht zeichnet sich dadurch aus, daß an vielen Stellen statt einer Darlegung von Gründen eine emotionale Wertung vorgenommen wird.

(Dr. Linssen (CDU): Er war doch so ruhig.)

Es heißt: Die Sozialdemokratische Partei verschloß sich den Argumenten der CDU. Oder es heißt: Leider ist das und das nicht gemacht worden. - Für alles das gibt es Gründe. Ich hatte eigentlich erwartet - es ist gar keine Frage, daß wir unterschiedliche Positionen auch in der Arbeitsgruppe hatten -, daß die Gründe, die die eine und die andere Seite vorgetragen haben, hier einfach wiedergegeben würden mit dem Endergebnis: Abgestimmt worden ist am Ende so und so.

Im übrigen hat es ja eine Reihe von gemeinsamen Beschlüssen und Empfehlungen gegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einer Frage sind wir uns alle einig: Wir müssen prüfen, an welchen Stellen des Landes wir die Aufgaben künftig mit weniger Personal, in welchen Bereichen mit gleichem Personal und in welchen anderen Bereichen möglicherweise mit Zuwachs erledigen müssen. Denn die öffentlichen Aufgaben entwickeln sich unterschiedlich; zum Teil gehen sie zurück, zum Teil nehmen sie zu, zum Teil bleiben sie auf dem vorhandenen Stand.

Eine aufgabenkritische Untersuchung ist also allemal erforderlich, wenn man feststellen will: Welchen Personalbedarf für den öffentlichen Dienst hat das Land Nordrhein-Westfalen? In diesem Zusammenhang haben Sie zwei Wertungen vorgenommen, die weder von der Sozialdemokratischen Partei noch - wie ich eben gehört habe und wie Sie den Protokollen entnehmen können - von Kollegen von der F.D.P. geteilt werden. Sie haben gesagt, die Methode der Besetzungssperre, daß also freierwerbende Stellen für ein halbes Jahr nicht wiederbesetzt werden dürfen, sei absolut unkritisch und überlasse alles dem reinen Zufall.

Dazu muß man folgendes sagen: In Bayern ist man dann offensichtlich jenseits der Grenze der absoluten Kritikunfähigkeit. In Bayern hat man eine Besetzungssperre, die geht nicht über ein halbes Jahr, sondern über 12 Monate. Die bayerische Staatskanzlei behauptet, dies sei eine gute Methode, mit der man zu guten Erfolgen komme.

(Maedje (SPD): Siehste, Dautzenberg, so ist es!)

(Trinius (SPD))

- (A) Wir haben doch in der Arbeitsgruppe nachgefragt: Wie funktioniert denn diese Besetzungssperre in den einzelnen Bereichen? Führt sie zu Störungen, zu empfindlichen Behinderungen?

(Bensmann (CDU): Ja! - Schaufuß (SPD): Nein!)

Da ist uns dargelegt worden, daß ein Bereich zum Beispiel als außerordentlich empfindlich gelten muß, nämlich die Justiz, das Gerichtswesen. Dort findet die Besetzungssperre bei der Besetzung von Richterstellen nicht statt, und zwar aus gutem Grund, weil wir jederzeit funktionsfähige Kammern haben müssen.

So können Sie sich andere Bereiche ansehen: Es gibt eine generelle Ausnahme von der Besetzungssperre im Einzelplan des Kultusministers für die Schulen. Das heißt, auch dieses Instrument, von dem Sie sagen, das sei absolut unkritisch und überlasse alles dem Zufall, wird sehr differenziert angewendet, nimmt ganze, wichtige Bereiche der Landesverwaltung von vornherein aus.

Dann sprechen Sie von der Rasenmähermethode. Das muß ich zurückweisen. Das werden auch Ihre Kollegen aus anderen Ressorts und Fachausschüssen zurückweisen. Es gibt Fachausschüsse, da klagen Ihre Kollegen, nur auf ihre Kosten werde gespart.

- (B) Wenn dieses Argument denn richtig sein soll, dann kann es ja wohl eine Rasenmähermethode, ein lineares Verfahren über alle Ressorts, nie gegeben haben. Wenn Sie in die Haushaltspläne und Gesetze der letzten Jahre hineinsehen, werden Sie auch feststellen: Das hat es so nie gegeben. Es hat Jahre gegeben, da haben wir die sicherheitsempfindlichen Bereiche ausdrücklich von jeder Stellenkürzung ausgenommen. Dazu gehörte seinerzeit die Polizei, dazu gehörte der Strafvollzug, dazu gehörten die Gerichte.

Wir haben jetzt differenzierende Wege für den Hochschulbereich, für die Entwicklung der Wissenschaften gefunden. Wir haben über einige Zeit auch die Hochschulen von dieser linearen Vorgabe von 1 % ganz ausgenommen. Jetzt haben wir eine Vorgabe von 0,5 %. In den Hochschulen haben wir ein Verfahren entwickelt, durch ersparte Stellen wieder Stellen für die Stärkung von Spitzenforschung, für die Ergänzung von Hochschulen zu gewinnen. Die Rasenmähermethode, Herr Kollege Dautzenberg, die hat es so, wie Sie es vorgetragen haben, nie gegeben.

Und dann fragt man sich: Welchen Sinn haben denn solche Vorgaben: Einsparungen von

einem oder einem halben Prozent? Der Sinn besteht darin, die Ressorts zu zwingen, darüber nachzudenken, an welchen Stellen sie ohne Störung der Funktionsfähigkeit ihrer verschiedenen nachgeordneten Behörden Einsparungen vornehmen können. Dabei ergibt sich - und dazu haben wir als Arbeitsgruppe sogar wesentlich mit beigetragen -, daß in den einzelnen nachgeordneten Behörden unterschiedliche Reserven oder Entwicklungs- oder Einsparungsmöglichkeiten oder Entwicklungsbedarf bestehen.

Ein klassisches Beispiel dafür, daß es unterschiedliche Entwicklungsnotwendigkeiten und Einsparungsmöglichkeiten in den nachgeordneten Behörden gibt, ist gerade der Einzelplan des Ministers für Umweltschutz. Da können Sie erkennen, daß wir in der Agrarverwaltung seit Jahren einen erheblichen Abbau an Stellen vorgenommen haben und daß wir in anderen Sektoren, z. B. dem Gewässerschutz, der Wasser- und Abfallwirtschaft, Verstärkungen vornehmen. Dies ist von uns in der Arbeitsgruppe noch ein klein wenig beschleunigt worden. Wir hoffen auch, daß diese Beschleunigung fortwirkt.

Bei der Rheinpolizei, die Sie mit 20 zusätzlichen Stellen angesprochen haben, geht es überhaupt nicht darum, ob wir nicht wüßten, was wir damit machen sollten oder machen müßten. Das wissen wir ganz genau. Ich habe für die SPD-Fraktion nur eine Bemerkung noch zu Protokoll gegeben: Der Fachausschuß möge sich darüber verständigen, welche anderen wichtigen Zuflüsse des Rheins denn auch mit beobachtet werden müßten. Deswegen haben wir gesagt: Bevor darüber keine endgültige Entscheidung getroffen worden ist - das mag die Wupper, die Sieg, die Emscher oder die Lippe sein; das weiß ich nicht, das wissen die Fachausschußmitglieder besser -, sollen die Stellen nicht freigegeben werden.

Ich komme zum Thema Aachen. Wenn Sie davon sprechen, daß wir hier 79 Stellen eingerichtet haben, nicht auf Antrag der Landesregierung, sondern auf Begehren des Fachausschusses, dann sind, glaube ich, einige Bemerkungen mindestens notwendig, damit man diesen Beschluß versteht.

Erstens. Im Fachausschuß sind diese 79 Stellen von der SPD beantragt und mit den Stimmen der CDU und F.D.P. bewilligt worden.

Zweitens. Genau diese 79 Stellen, die jetzt zusätzlich eingerichtet werden, sind in einem vor vier oder fünf Jahren erstellten Kostenrahmenplan schon erwähnt. Das heißt, wir erfüllen jetzt mit diesen 79 Stellen genau den

(Trinius (SPD))

- (A) Kostenrahmen, der vor vier oder fünf Jahren aufgestellt worden ist. Das spricht im übrigen für eine sehr präzise Planung und eine sehr genaue Berechnung.

Drittens. Wir können auch davon ausgehen, daß die Bereitstellung dieser Stellen für pflegerische Dienste und ärztliche Dienste zwar nicht kostenneutral ist, aber zuschußneutral, das heißt, daß die Bereitstellung dieser Stellen den Landeshaushalt nicht mit zusätzlichem Zuschuß belastet.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Trinius, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Trinius (SPD): Gerne!)

Dautzenberg (CDU): Herr Kollege Trinius, würden Sie gleichfalls bestätigen, daß der Finanzminister die Notwendigkeit der Einrichtung dieser 79 Stellen auch noch nicht gesehen hat, sondern sie abhängig gemacht hat von der Vorlage des technischen Gutachtens?

Zweitens: Hat der Finanzminister nicht auch betont, daß der Begriff der sogenannten vollen Deckungsfähigkeit dieser Stellen bei einer Zunahme der Auslastung angezweifelt werden muß?

- (B) Trinius (SPD): Herr Kollege, zunächst einmal dieses: Es ist das gute Recht und die Pflicht der Arbeitsgruppe, Stellenanforderungen oder -wünsche von Fachausschüssen kritisch zu prüfen. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß das im Fachausschuß einstimmig gelaufen ist. Es ist auch die Pflicht - der Landtag muß es von uns erwarten; aus diesem Grunde hat er uns ja auch federführend diese Stellenpläne zur Beratung und Beschlußfassung überwiesen -, daß wir das tun. Aber ich meine, das Argument des Finanzministers zielt in eine andere Richtung. Wir erwarten ein Gutachten über die Organisation, das Management im Klinikum Aachen insgesamt. Vorgelegt werden soll es im Laufe der ersten Monate des kommenden Jahres. Aber dieses Gutachten betrifft technische und organisatorische Dienste im Klinikum, betrifft nicht die ärztlichen und die pflegerischen Dienste.

(Dautzenberg (CDU): Hat der Finanzminister dies in seine Überlegungen nicht mit einbezogen?)

Selbstverständlich kann der Finanzminister daran interessiert sein, dieses beides zunächst einmal zusammenzufügen, um ein bißchen Spielraum oder ein bißchen Zeit zu gewinnen. Für uns war die Frage entscheidend - das geht ja aus Ihrer Berichterstat-

tion mit hervor -: Weshalb sollen wir diese Stellen für ärztlichen und pflegerischen Dienst nicht bereitstellen, wenn wir erstens wissen, daß es sich in das Konzept des Klinikums Aachen hundertprozentig einfügt, und zweitens wissen, daß im Klinikum Aachen in erheblichem Maße Überstunden gemacht werden? Vor noch nicht langer Zeit, vor einem halben Jahr, haben wir für viele Dienste zusätzliche Stellen zum Abbau von Überstunden bewilligt. Wenn wir das anderswo machen, können wir es mit gutem Grund hier ebenfalls tun.

Meine Damen und Herren, dann haben Sie - das war unvermeidlich - den Bereich des Kultusministers, die Schulen, angesprochen. Wer daran erinnert, welche Beschlüsse gefaßt worden sind, der muß auch sagen - das, was Sie kritisiert haben -: Die Handhabung der Verwendung von Stellen, die nach Beurlaubungs- oder Arbeitszeitverkürzungsanträgen frei werden, ist natürlich kompliziert. Aber vor drei Jahren hat der Landtag genau dieses Verfahren einstimmig beschlossen. Das hindert uns nicht daran, darüber nachzudenken, wie wir es künftig handhaben.

Zweiter Punkt: Man muß sagen, daß wir zum ersten Mal eine ganz saubere Aufrechnung haben, so daß kein Stellenanteil, der durch Arbeitsverzicht von Lehrern freigeworden ist, verlorengelht, sondern es wird alles beschäftigungswirksam verwendet.

Drittens haben wir, Herr Kollege, auf Antrag unserer Fraktion, dann einstimmig im Fachausschuß wie im Haushalts- und Finanzausschuß und auch in der Arbeitsgruppe beschlossen, daß allen, die heute in befristeten Arbeitsverhältnissen in Schulen tätig sind, ein unbefristeter Vertrag angeboten wird. Dafür ist auch ein Stufenplan vorgelegt worden.

Wenn man denn eine kritische Anmerkung machen muß, dann wohl die: Da wir dies auch mit einer künftigen Aufstockung von Dreiviertel-Beschäftigung auf volle Beschäftigung verbinden, werden wir auch weiterhin an die Lehrer im Lande appellieren müssen, die Möglichkeit dieses Paragraphen der Teilzeitbeschäftigung auszunutzen - in ihrem Sinne, aber auch im Sinne ihrer Kollegen, die jetzt schon beschäftigt sind oder künftig Beschäftigung suchen.

(Beifaß bei der SPD - Maedje (SPD): Sehr gut!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren! Es war ursprünglich zu diesem Punkt keine Debatte vorgesehen. Ich möchte an die

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) nachfolgenden Redner appellieren und sie fragen, ob es nicht möglich ist, ihre Redezeit auf 10 Minuten zu begrenzen, denn wir kommen mit unserem ganzen Fahrplan durcheinander. Es hat auch keinen Sinn, die Diskussionen aus der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" im Plenum zu wiederholen.

(Beifall bei der SPD - Wendzinski (SPD):  
Das finde ich auch!)

Das Wort hat Herr Abg. Bensmann von der Fraktion der CDU.

Bensmann (CDU): Herr Präsident, ich nehme Ihre Worte natürlich sehr ernst, aber wenn ich gleich an paar Vorbemerkungen dazu mache, glaube ich, daß es doch eine Berechtigung gibt, sich vielleicht in diesem Hause einige Minuten über den Personaletat zu unterhalten.

Als erstes, Herr Kollege Trinius, möchte ich in aller Entschiedenheit zurückweisen, daß der Bericht meines Kollegen aus der Arbeitsgruppe nicht ausgewogen gewesen sei.

(Heiterkeit und Widerspruch bei der SPD)

Das kann man weiß Gott nicht sagen. Nein! Er enthielt auch keine emotionalen Wertungen. Das ist immer eine subjektive Betrachtung. Ich weise das auf jeden Fall mit aller Entschiedenheit zurück.

- (B) (Zustimmung bei der CDU)

Ich meine, es muß auch das Recht oder sogar die Pflicht eines Berichterstatters sein, unterschiedliche Auffassungen vorzutragen! Das machen wir im Petitionsausschuß genauso wie in dieser Arbeitsgruppe.

(Maedge (SPD): Das hat er ja nicht getan! - Dr. Dammeyer (SPD): Er hat doch nur seinen Salm abgelesen!)

- Fragen Sie einmal Herrn Wendzinski, ob dieser der gleichen Meinung ist wie Sie.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu machen und - ich werde mich bemühen, in der Redezeit zu bleiben - zu einigen Einzelpunkten etwas zu sagen.

(Maedge (SPD): Das war gar nicht vorgesehen!)

- Nun, man muß sich auf alle Eventualitäten einstellen. Als ehemaliger Soldat bin ich das

gewohnt. Der Bereich Stellenpläne umfaßt 23,7 Milliarden DM. Das sind 40 %

(C)

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- vielen Dank, Herr Präsident - aller Ausgaben. Ich meine, ein Batzen Geld!

Nun braucht das Land sicherlich zur Erfüllung seiner Pflichten eine gewisse Anzahl von Staatsdienern, doch Nordrhein-Westfalen nimmt hier leider wieder einmal eine Spitzenstellung im negativen Sinne ein - dieses im Vergleich zu den anderen Flächenländern. Bei der Berechnung des Finanzministers und der statistischen Aufstellung sieht das zwar etwas anders aus, aber wenn man ehrlicherweise die Landschaftsverbände hinzuzählt, liegt dieses Land bei 43 %. Das ist die höchste Beamten-dichte im Vergleich zu allen anderen Flächenländern. Ich sage: Ein trauriger Minusrekord der Regierung Rau!

Noch gravierender werden diese Zahlen, wenn man sich die langfristige Personalpolitik des Landes anschaut. Gemäß Drucksache 10/1251 - Finanzplanung 1986 bis 1990 - steigen die Personalkosten jährlich, Herr Trinius, um 3,4 %. Ich zitiere jetzt - mit Erlaubnis des Präsidenten - den Bericht des Finanzministers:

Knapp 60 % des Personalhaushalts betreffen Bereiche, in denen die demographische Entwicklung zu einer starken Abnahme der zu versorgenden Bevölkerungsgruppen geführt hat und noch weiter führen wird.

(D)

Ich frage mich, wo sich diese Feststellung bislang in der Praxis gezeigt hat. Schlimmer noch: Ich sehe einen krassen Widerspruch zwischen notwendigen Einsparungsmaßnahmen und tatsächlichem Handeln der Landesregierung. Vielmehr drängt sich sogar die Frage auf, ob die Regierung Rau wirklich bereit und willens ist, einen dringend notwendigen Kurs des Sparens zu verfolgen.

Vor diesem Hintergrund hat die CDU - das ist jetzt, Herr Kollege Trinius, unsere Auffassung - im Bereich der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" den Antrag eingebracht, die teilweise aufgeblähte Ministerialbürokratie aufgabenkritisch unter die Lupe zu nehmen. Um einen tatsächlich notwendigen Staatsapparat vorzuhalten und zu echten Einsparungen zu kommen, müssen strukturelle Änderungen erfolgen. Ich wiederhole hier das Wort meines Kollegen Dautzenberg, nämlich das Wort von der "Rasenmähermethode": lineare Einsparungen, die in der Vergangenheit ebensowenig eine Lösung waren wie die derzeit praktizierte

(Bensmann (CDU))

- (A) Regelung der halbjährlichen Wiederbesetzungssperre. In der Praxis führt das dazu - Herr Trinius, ich kann Ihnen gerne Beispiele aus dem Arbeitskreis Jugend und Familie nennen -, daß der letzte Ein-Mann-Dienst-Posten dann ein halbes Jahr unbesetzt ist. Dieses ist in der Sachkonsequenz nicht hinnehmbar und personalpolitische Flickschusterei.

(Trinius (SPD): Jedes Finanzamt wird für sich allein behandelt!)

- Bei jeder einzelnen großen Behörde - Herr Trinius, das gebe ich Ihnen zu - bereitet das keine Probleme,

(Trinius (SPD): Richtig!)

aber wenn Sie einzelne Dienstposten gerade im Bereich Jugend und Familie nehmen, wo es nur einen Ein-Mann-Betrieb gibt, dann ist diese Dienststelle ein halbes Jahr lang unbesetzt. Minister Heinemann kann Ihnen dafür gerne einige Beispiele nennen.

(Trinius (SPD): Das kann man doch lösen!)

Das ist unzumutbar. Wir sind deshalb der Auffassung, daß man dieses nicht machen sollte.

(Trinius (SPD): Dafür kann man eine andere Lösung finden!)

- (B) - Gut, damit sind wir beschäftigt. Wir begrüßen es auch, Herr Kollege Trinius, daß wir in der Arbeitsgruppe eine Übereinkunft darüber, daß wir in sechs Bereichen eine aufgabenkritische Untersuchung vornehmen werden, getroffen haben. Dies sind der Polizeivollzugsdienst, Schulen, Hochschulen, Gebietsrechenzentrum, staatliche Gewerbeaufsicht und Ämter für Agrarordnung. Dies ist auch eine alte Forderung der Berufsverbände. Wir von der CDU gehen davon aus, daß mit dem Landesrechnungshof, dem Gutachterdienst des Landtages und unabhängigen Gutachtern ein Strukturkonzept erarbeitet wird.

Wie notwendig ein solches Strukturkonzept ist, wird am Beispiel des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft deutlich. Im Bereich der Ämter für Agrarordnung sollten die freiwerdenden Stellen nicht neu besetzt werden - und das war eine deutliche Aussage -, weil die derzeitigen Aufgaben neu geordnet werden müßten. Trotz dieser Eingeständnisse des Ministeriums war der Minister nicht bereit, eine Selbstbindung dieser Dienstposten, was die Wiederbesetzung angeht, einzugehen, sondern er war erst auf

massiven Druck der CDU letztendlich bereit, einer Zwei-Fünftel-Bindung aller Stellen zuzustimmen. Das ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar.

Lassen Sie mich zwei, drei andere Einzelentscheidungen zum Personaletat 1987 vortragen. Im Bereich der Staatskanzlei sollen fünf zusätzliche Kraftfahrerstellen eingerichtet werden, obwohl eine Strukturuntersuchung des Landesrechnungshofes hierzu keine Notwendigkeit zur Zeit erkennen läßt. Meine Damen und Herren von der SPD, ich gehe nicht so weit, daß hier der Wahlkampftröß des SPD-Kanzlerkandidaten Rau chauffiert werden soll,

(Widerspruch bei der SPD)

doch lassen Sie mich ernsthaft fragen: Muß eigentlich jeder Ministerialbeamte seinen eigenen Fahrer haben?

(Zurufe von der SPD)

- Hören Sie zu! Als Abgeordneter dieses Hauses fahre ich mein Auto selber.

(Zurufe von der SPD)

Dieses, meine ich, ist auch einem Staatsdiener zuzumuten. Hier sollten Sie, meine Herren von der SPD, einmal ein Zeichen gesetzt haben und nicht alten Statussymbolen das Wort reden.

(Schaufuß (SPD): Ich fahre auch selbst!)

- Ich fahre selbst, jawohl!

(Schaufuß (SPD): Ich fahre auch selbst!)

- Das ist ja gut. Dann können die das schon lange.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie früher einen Wagen gehabt?)

Ein kritisches Wort auch zur Höhe der Besoldung unserer Landesbediensteten! Der Pressesprecher der Regierung Rau bekommt ein Salär nach B 10. Sein Kollege in Bayern erhält B 7, und in Baden-Württemberg ist der Pressesprecher darüber hinaus auch noch Chef der Staatskanzlei.

(Minister Matthiesen: In Schleswig-Holstein ist er Staatssekretär!)

- Das ist richtig. Ich gebe auch zu, Herr Minister, daß es schwieriger ist, eine

(Pensmann (CDU))

- (A) schlechte Politik gut zu verkaufen. Doch daß man dafür noch besser bezahlt wird als in Bayern und Baden-Württemberg, ist für mich und für die Bürger unvorstellbar.

(Zustimmung bei der CDU)

Wie dringend auch eine Strukturuntersuchung in den Ministerien notwendig ist, möchte ich am Beispiel des Ministers für Bundesangelegenheiten verdeutlichen. Im Zusammenhang mit der Einrichtung einer Stelle für eine Staatssekretärin sollte ein Beamter - B 7 - umgesetzt werden bzw. eine neue Aufgabe erhalten. Erst auf Nachfrage im Ausschuß mußte zugegeben werden, daß man für diesen Staatsdiener zusätzliche Aufgaben in Bonn geschaffen habe und nicht, wie ursprünglich angekündigt, eine Verwendung in Düsseldorf erfolge. Weiterhin wurde seitens des Ministeriums eingeräumt, daß beim Ausscheiden dieses Ministerialbeamten das neu und zusätzlich geschaffene Betätigungsfeld wieder der B-10-Stelle zugeordnet würde.

Dies ist auch für mich rational nicht nachvollziehbar. In meinen Augen ist das sozialdemokratische Besitzstandswahrungspolitik zu Lasten der Steuerzahler. Denn wenn hinterher wieder die Aufgaben von dem B-10-Mann oder der -Frau wahrgenommen werden können, dann gibt es jetzt keine Notwendigkeit, die Person, weil man sie nicht anders unterbringen kann, weiter dort in Bonn zu beschäftigen.

- (B) (Zuruf von der CDU: So ist es!)

Zum Thema Lehrstellen und Jugendarbeitslosigkeit möchte ich nur eine ganz beschämende Zahl hier noch einmal in den Raum stellen. Ganze 22 Stellen, meine Damen und Herren, sind im Etat 1987 als zusätzliche Ausbildungsplätze ausgewiesen. Dazu muß man auch wissen, daß im Klinikum Aachen im letzten Jahr 41 weitere Ausbildungsplätze bereitgestellt worden sind

(Dautzenberg (CDU): In Essen!)

- in Essen, vielen Dank! -, aber die Besetzung daran scheiterte, weil der Finanzminister die notwendigen Mittel nicht bereitgestellt hat. In meinen Augen ist das ein Schlag ins Gesicht aller Lehrstellen-suchenden in unserem Lande.

Bei solchen Zahlen muß sich auch der zuständige Arbeitsminister Heinemann die Frage gefallen lassen, welchen Stellenwert er eigentlich im Kabinett Rau hat und ob er sich gegen den Finanzminister nicht durchsetzen kann.

(Trinius (SPD): Was soll das denn hier!)

- Ja, das sind doch die Zahlen, Herr Trinius. Ich weiß, daß Sie sie nicht gerne hören. (C)

(Trinius (SPD): Was hat das mit dem Stellenplan zu tun?)

- Ja, natürlich! Wenn Sie ganze 22 Ausbildungsplätze zusätzlich bereitstellen - das sind 0,2 o/oo -, dann steht das im krassen Widerspruch zu all den Appellen, die der Ministerpräsident des Landes und der Arbeitsminister immer zum Thema Lehrstellenangebot verkünden. So ist es! Und das nehmen Sie bitte einmal zur Kenntnis.

(Trinius (SPD): Plus 100 Anwärter allein beim Finanzminister! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich meine jetzt den gewerblich-technischen Bereich, und nur über den spreche ich.

Lassen Sie mich zum letzten Punkt, zum Thema Leiharbeit und Ausschöpfung des Stellenplans aus dem Bereich des Ministers Matthiesen, kommen.

(Zurufe des Abg. Trinius (SPD) und des Ministers Matthiesen)

- Ja, ich weiß, darauf komme ich auch zu sprechen, Herr Trinius. Nun hören Sie doch zu!

Von den 707 Stellen - es geht los! - sind nur 540 besetzt. Soweit diese Aufgaben nicht notwendig sind, ist das alles in Ordnung. Doch anders sieht die Sache aus, wenn man weiß, daß die Holzfällarbeiten in den nordrhein-westfälischen Wäldern teilweise von ausländischen Haukolonnen - Jugoslawen, Polen; wir haben eine Vorlage bekommen - erledigt werden. (D)

(Zurufe von der SPD)

Dazu muß man wissen - und nun hören Sie gut zu! -

(Wendzinski (SPD): So etwas von Verbohrtheit! - Zuruf des Abg. Trinius (SPD))

- ja, der Arbeitsminister ist nicht da; das gehört auch in den Bereich Stellenplan und Arbeitsplätze -,

(Zurufe von der SPD)

daß diese Leute teilweise sechs Tage in der Woche jeweils mehr als 12 Stunden arbeiten und unter primitiven Wohnverhältnissen hier im Lande Nordrhein-Westfalen untergebracht sind.

(Bensmann (CDU))

- (A) Dann gibt es noch einen interessanten Titel, der auch zum Thema Stellenplan gehört, nämlich Personalausgaben im Ministerium des Herrn Matthiesen - Einzelplan 10, Einnahmen aus dem Einsatz von Waldarbeitern für Rechnung Dritter. Das ist im normalen Sprachgebrauch "Leiharbeit", Herr Minister.

(Widerspruch des Ministers Matthiesen)

- Ja, ja, ich weiß, daß Sie das nicht gerne hören, aber das müssen Sie sich hier schon einmal anhören. Vor diesem Hintergrund möchte ich einmal den zuständigen Arbeitsminister fragen, was er dazu eigentlich sagt.

Ich möchte Sie, Herr Minister Matthiesen, eigentlich einmal bitten, mit Ihrem Kollegen Heinemann einen Waldspaziergang in nordrhein-westfälischen Wäldern zu machen. Dann schauen Sie sich doch einmal an, wie das eigentlich aussieht und in Einklang zu bringen ist mit den Aussagen, die Landesregierung tue alles, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und gehe mit aller Härte des Gesetzes gegen die illegalen Arbeitsmarktpraktiken vor.

(Walsken (SPD): Sind das keine Arbeitnehmer?)

Ich gebe Ihnen sogar noch einen weiteren Rat, Herr Matthiesen. Teilen Sie mal Flugblätter mit dem Konterfei des Herrn Wallraff an Ihre Forstbediensteten aus, sonst könnte es passieren, daß in den nordrhein-westfälischen Wäldern einmal untersucht wird, welche Arbeitspraktiken unter Ihrer Regierungsverantwortung dort ausgeübt werden.

(B)

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß.

(Beifall des Abg. Walsken (SPD))

Der Bereich der Beschäftigung von Schwerbehinderten ist von meinem Kollegen Dautzenberg ausführlich dargestellt worden. Ich möchte die Zahlen dazu über noch einmal vor dem Hintergrund der sozialpolitischen Verantwortung in den Raum stellen. Ich meine, es ist unsere verdammte Pflicht - ich sage das in aller Entschiedenheit -, gerade den Benachteiligten einen Arbeitsplatz zu verschaffen.

(Trinius (SPD): Da haben wir die beste Position von allen Flächenländern.)

Auch dieses Problem - Herr Trinius, insoweit stimmen wir auch in der Arbeitsgruppe über-

ein - ist nur über eine aufgabenkritische sozialpolitische Strukturanalyse mittel- und langfristig lösbar. Wir von der CDU werden Sie von der Mehrheitsfraktion in Zukunft bei der Lösung und Diskussion dieser Fragen an Ihren Taten und nicht an Ihren Worten messen

(Zustimmung bei der CDU und des Abg. Trinius (SPD))

und überprüfen, ob Sie nicht - wie in der Vergangenheit sehr oft - parteipolitischer kritikloser Erfüllungsgehilfe der Landesregierung sind oder ob Sie, wie in der Arbeitsgruppe bekundet, konstruktiv an einer echten sachgerechten Einsparungspolitik mitarbeiten. Die in der Vergangenheit leider oft in den Ministerien festzustellende Parteibuchkarriere und der parteipolitische Genossenfilz müssen ein Ende haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der F.D.P. hat nunmehr Herr Abg. Dorn das Wort.

(Zuruf des Abg. Maedge (SPD))

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bericht, den heute der Vorsitzende der Arbeitsgruppe erstattet hat,

(Maedge (SPD): War einseitig!)

war parteipolitisch engagiert formuliert.

(Zustimmung bei der SPD)

Er enthält alle von der CDU vorgetragenen Ideen

(Maedge (SPD): Sehr richtig!)

und, daran gemessen, auch alle Ablehnungen der SPD. Die F.D.P. wird als Quantité négligeable behandelt, obwohl nachweisbar viele konkrete Vorschläge und auch Ideen zur Behandlung vieler Sachbereiche für die nächsten sechs Monate vom Vertreter der F.D.P. vorgetragen wurden. Kein einziger ist in dem Bericht enthalten.

(Maedge (SPD): Hört, hört!)

Aus den Protokollen wird eindeutig nachweisbar, daß insofern der Bericht sehr einseitig zu Lasten der F.D.P. verfaßt worden ist.

(Maedge (SPD): Aha!)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Auch die heute vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe so besonders herausgestellte Aufgabe für die "Parlamentarische Staatssekretärin Klinikum Aachen" war ein Vorschlag der F.D.P.

Die Zusammenarbeit mit der Landesregierung war manchmal reichlich kompliziert. Ich denke dabei an die Stelle des Pressesprechers der Landesregierung. Nur nach nachdrücklichem insistieren unter Hinweis auf die Praxis im Bund gelang es zu erfahren, daß hier seit dem 1. Januar 1986 eine Besoldung in der Höhe des Staatssekretärsgehaltes geleistet wird. Es ist politisch vielleicht verständlich, daß er, nachdem seine Stellvertreterin Staatssekretärin wurde, zumindest besoldungsmäßig gleichgestellt wurde.

Die Arbeitsgruppe hat in den nächsten Monaten viel Arbeit zu leisten, wenn der Erfolg erreicht werden soll, der uns allen vorschwebt. Ich wünsche uns dazu eine sachgerechte Behandlung.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, ist die Beratung zum 2. Beratungsblock abgeschlossen.

- (B) Ich rufe auf

Beratungsblock 3

Umwelt - Landwirtschaft - Wirtschaft - Wohnen - Verkehr

das heißt:

Einzelplan 10: Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Einzelplan 08: Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Einzelplan 11: Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

auf und eröffne die Beratung.

Das Wort hat Herr Abg. Hegemann für die Fraktion der CDU.

Hegemann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich glaube, das Wenige, das wir heute an Gemeinsamkeiten haben, ist die verschleppte Grippe, mit der wir beide zu kämpfen haben. Ansonsten

geht es jetzt, wie ich glaube, ein bißchen zur Sache. (C)

(Minister Matthiesen: Also rund!  
- Dreyer (CDU): Zur Sache,  
Schätzchen!)

Meine Damen und Herren, schon im Jahre 1985 sagte der Minister bei den Haushaltsberatungen für das laufende Haushaltsjahr, daß der Einzelplan 10 ein Ausdruck der ökologischen Erneuerung für das Land Nordrhein-Westfalen sei. Schon damals haben wir diesen Ansatz in bezug auf den Haushalt 1986 nicht gesehen. Der jetzige Entwurf, der um viele Millionen DM dezimiert ist - es fließen Millionen Mittel in andere Einzelpläne -, kann dann wohl erst recht nicht die ökologische Erneuerung sein, von der Sie in Ihrer Einbringungsrede auch in diesem Jahr gesprochen haben, Herr Minister.

(Zustimmung bei der CDU)

Wo soll denn die große ökologische Erneuerung sein? Wo soll denn das stattfinden, was Ihr Vorgänger einmal "Versöhnung des Malochers mit dem Waldläufer" genannt hat?

Ein Schüler hat an mich die Bitte herangebracht, ihm doch einmal Informationsmaterial über die ökologische Erneuerung des Landes zu besorgen. Ich habe mich an Ihr Haus gewandt und fand zunächst keinen Mitarbeiter, der mir Informationsmaterial zur Verfügung stellen konnte.

(Minister Matthiesen hält eine Broschüre hoch.) (D)

Jetzt werden Sie natürlich sagen: Nennen Sie mir die Namen der Mitarbeiter, dann werden wir das klären. Ich habe dann die Broschüre bekommen und muß sagen: Ihre Broschüren sind unheimlich gut.

(Elfring (CDU): Aber nur die Broschüren!)

im Gegensatz zu dem, was Sie an Politik machen.

(Zustimmung bei der CDU)

Pressewirksam auftreten, das kann der Minister. Auch die Abgeordneten in Ausschüssen beruhigen! Es ist gekonnt, wie er das macht. Nur: Der gute Umgang mit einem Abgeordneten ersetzt noch keine gute Politik, Herr Minister.

(Erneut Zustimmung bei der CDU  
- Wendzinski (SPD): Das ist die Voraussetzung für einen guten Minister.  
- Dr. Linssen (CDU): In diesem Lande muß man mit vielem zufrieden sein.)